



Per Mail an: stephan.lanz@ezv.admin.ch

Bern, 20. Mai 2021

Verpflichtungskredit «Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes»: Stellungnahme SP Schweiz

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme, die wir gerne nutzen.

Ausgangslage

Das Sicherheitsfunksystem Polycom ermöglicht die Einsatzkommunikation zwischen den Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit (BORS) der Schweiz in allen Lagen.

Die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) ist verantwortlich für rund einen Drittel aller Polycom-Sendestandorte, die im Eigentum des Bundes stehen. Im Hinblick auf eine Strommangellage hat die EZV vom Bundesrat den Auftrag erhalten, die Stromversorgung des nationalen Sicherheitsfunknetzes Polycom zu überprüfen und gegebenenfalls zu erhöhen.

Die EZV verfügt seit 2016 über ein Konzept zur Erhöhung der Stromautonomie der Sendestandorte, um die Stromversorgung zu gewährleisten. Der Start für die Umsetzung ist jedoch aufgrund der ausstehenden Finanzierung und Priorisierung anderer wichtiger Vorhaben bis heute nicht erfolgt. Mit der Umsetzung des Konzepts werden bei einem Stromausfall auch die Grenzkantone flächendeckend und unterbruchsfrei mit Polycom versorgt. Die Kantone haben die Konzepte für ihre Standorte bereits umgesetzt.

Inhalt der Vorlage

*Damit die schweizweit flächendeckende Kommunikation und Einsatzführung mittels Polycom auch bei Zusammenbruch des Stromnetzes «End to End» sichergestellt werden kann, muss die Stromautonomie für die Sendestandorte des Bundes sowie punktuell betrieblich (z. B. für autonome Lademöglichkeiten für die Funkgeräte) erhöht werden. Für die sichere Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes fallen für die Jahre 2023-2030 Gesamtausgaben von rund 58.4 Mio. Fr. an. **Für die einmaligen Investitionsausgaben zur Anlagenbeschaffung (36.5 Mio. Fr.) im Zeitraum 2023-2026 beantragt der Bundesrat nun einen Verpflichtungskredit von 36.5 Mio. Fr.** Die jährlichen Betriebskosten belaufen sich auf zwei Millionen Franken.*

Der in der Vernehmlassung stehende Bundesbeschluss beschränkt sich darauf, einen Verpflichtungskredit zu genehmigen. **Mit der Genehmigung des Verpflichtungskredites sind wir grundsätzlich einverstanden. Es erscheint uns richtig und wichtig, dass eine schweizweit flächendeckende Kommunikation und Einsatzführung mittels Polycom auch bei Zusammenbruch des Stromnetzes «End to End» sichergestellt werden kann.**

Wir möchten an dieser Stelle aber einen zusätzlichen Aspekt einbringen: Im erläuternden Bericht wird auf der Seite 15 ausgeführt, welche Techniken zum Einsatz kommen sollen: *«Es kommen USV (unterbrechungsfreie Stromversorgung) und NEA (dieselbetriebene Netzersatzanlagen, Kategorie 1a) oder weitere zu prüfende Alternativen (z. B. Batterien und Solarzellen, Kategorie 1b) zum Einsatz».* In Anbetracht dessen, dass sich der Bundesrat zum Netto Null-Ziel 2050 bekennt hat, finden wir, dass auf fossilen Energien beruhende Lösungen nicht zukunftsgerichtet sind. **Deshalb beantragen wir, dass primär Lösungen in Betracht gezogen werden, die auf erneuerbaren Energien basieren.** Fossile Lösungen sollen erst als sekundäre Variante in Betracht gezogen werden. Der Bundesbeschluss sollte unseres Erachtens also folgendermassen angepasst werden:

Art. 1

Für die Finanzierung einer sicheren Stromversorgung mit erneuerbaren Energien von Sendeanlagen des Bundes wird ein Verpflichtungskredit von 36,5 Millionen Franken bewilligt.

Um die Stromversorgung sicherzustellen erscheint uns eine Kombilösung von Solarenergie und Batterien am idealsten. Überschüssiger Solarstrom aus der Produktion (d.h., wenn die Batterien voll sind) könnte sodann ins Netz eingespeisen werden. Dies würde die Anlagen finanziell attraktiv machen – denn die Unterhaltskosten von Dieselgeneratoren hätten im Gegensatz zur Solarlösung keinen Zusatznutzen. Eine weitere Möglichkeit würde der Einsatz von erneuerbaren Treibstoffen bieten. Nebst der finanziellen Attraktivität hätten erneuerbare Lösungen auch einen Vorbildcharakter für private Notstromlösungen.

Ob sich eine entsprechende Konkretisierung («mit erneuerbaren Energien») positiv oder negativ auf die Gesamtkosten auswirkt, können wir an dieser Stelle nicht abschliessend beantworten. Jedoch sind wir überzeugt, dass sich der Einsatz erneuerbarer Technologien zumindest längerfristig auf jeden Fall lohnt. Wir bitten Sie daher, dieses Anliegen zu prüfen und die Vorteile zu gewichten.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen

SP Schweiz



Mattea Meyer
Co-Präsidentin



Cédric Wermuth
Co-Präsident



Claudia Alpiger
Politische Fachsekretärin